

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.  
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:  
 Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.  
 Erscheint dreimal:  
 Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Ungeigenpreis:  
Die einspaltige Borgiszeile 25 Pf.  
Die Reflamezeile 70 Pf.

Telegraphische: Buchdruckerei Nassaulahn.

Filialen in: Bergnassau-Schöner, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Humberg, Elisenhütte.  
Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 79.      Druck und Verlag:  
Buchdr. Feintr. Müller, Rastau (Sohn).

Donnerstag, 10. Juli 1919.

Verantwortung: | 42. Jahrg.  
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

Amsterdam, 7. Juli. Laut „Van den Dag“ meldet „Daily News“, der Kaiser wird wahrscheinlich ein Haus in der Nähe von London als Aufenthaltsort angewiesen erhalten. Er wird während des Prozesses von einer bewaffneten Wache bewacht und jedesmal nach London geleitet werden. Man wird dem Kaiser erlauben, sich von einem deutschen Advokaten verteidigen zu lassen. Ein britischer Konsul wird nach den Niederlanden geschickt werden, um den Kaiser nach England zu bringen. Falls er schuldig befunden würde, soll er verurteilt oder unter die Aufsicht des Völkerrichtes gestellt werden.

Rotterdam, 7. Juli. Pariser Blätter melden, daß die Auslieferung der Generalen Hindenburg und Lubendorff wegen der auf dem Rückzuge der Deutschen planmäßig von den deutschen Generalstab angeordneten Zerkürzung erfolge. Für jede Zerkürzung allein habe Deutschland jetzt 17 Milliarden Schadenersatz zu leisten. Die Anklage gegen den Kaiser richtete sich nicht gegen die Kriegsführung, sondern gegen die Urheberchaft am Kriege.

Kolberg, 7. Januar. Generalfeldmar-  
schall v. Hindenburg richtete aus dem  
Hauptquartier am 3. Juli einen offenen und  
höflichen Brief an Marschall Foch.  
Er erklärt, daß auch die Armee, an der Spitze  
der Offiziere, bereit sei, für die christliche Er-  
füllung dieser Friedensbedingungen das größte  
Opfer zu bringen, soweit die Ehre der Armee  
nicht Schaden leide:

„Ein Soldat, der nicht für seinen obersten Befehlshaber eintritt, dem er Mannestreue geschworen habe, ein solcher Soldat wäre seines goldenen Namens nicht wert. Als dienstfälliger Soldat und zeitweiliger erster Berater eines Kaisers hält es Hindenburg für seine Pflicht, im Namen der alten deutschen Armee ein Generalissimus als oberster Vertreter der Herr der alliierten und assoziierten Mächte zu bitten, dafür einzutreten, daß von der Fortsetzung der Auslieferung S. M. des Kaisers Abstand genommen wird, und appelliert dann an die Jahrhunderte alte Tradition echt soldatischer Ehre und Gesinnung der französischen Armee.“

Bern, 7. Juli. Wie die Genfer „Suisse“ einer Londoner Meldung wissen will, werden die deutschen Offiziere, die für die Verurtheilung von 28 von verantwortlich waren, zum Tode verurteilt werden, ebenso die Kommandanten, die Hospitalschiffe verurteilt hätten. Die Aburteilung geschehe durch ein englisches Gericht. In den Fällen, wo es sich um Verbrechen gegen Jurisdiktion verschiedener Staaten handle, trete ein gemischtes Kriegsgericht zusammen, das ebenfalls seinen Sitz in London habe. Der Kaiser und der Kronprinz würden nicht zum Tode verurteilt, sondern mit lebenslänglicher Verbannung auf eine Insel verurteilt werden.

Düsseldorf, 7. Juli. Der Düsseldorfer Tag wird von neutraler Seite geschrieben: Es lautet, daß bis jetzt 167 Personen auf Auslieferungsliste stehen. An ihrer Spitze Kaiser, dann folgt der Kronprinz. Von Offizieren sollen verlangt werden Ludendorff, Falkenhayn, v. Einem, Kluck, Mackensen, Bessler, v. Manstein, Falkenhayn, der als Bissing's Nachfolger Gouverneur von Belgien war, und ein andern General v. Heinrich, der frühere Gouverneur von Lille. Aus den Kreisen der Marine werden Tirpitz, Capelle, Hipper, Scheer, Graf Dohna, der Kommandeur der U-Boote, und unter andern noch 53 U-Boot-Kommandanten gefordert. Von Staatsmännern soll die Auslieferung v. Bethmann-Hollweg gefordert werden. Ferner die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts v. Jagow, Zimmermann, sodann der frühere Staatssekretär Hefferich wegen dessen Propaganda der U-Bootkrieg. Den Schluß der Auslieferungsliste bilden einige Privatleute, an deren Spitze steht Röschling, den der Verband Arbeitgeber Ludendorffs bei der Vernichtung belgischen und französischen Industrien an Einzelne wüßten auch Walter Rathenau und Geheimrat Rehn vor Gericht gestellt werden. Rathenau soll als Organisator des

deutschen Kriegsrohstoffamts der deutschen Heeresleitung den Rat gegeben haben, aus belgischen Fabriken Maschinen usw. alle für Deutschland verwendbaren Metalle herauszu- ziehen, und Geheimrat Kernst gilt bei dem Verbanke als der Erfinder des deutschen Gas- krieges.

c Paris, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, befinden sich in der Piste der deutschen Persönlichkeiten, die abgeurteilt werden sollen, u. a. folgende Namen: Prinz Rupprecht von Bayern wegen Deportationen in Pils, Roubois, Tourcouing und anderen Orten, von Maschinen wegen Diebstähle, Niederbrennungen in Rumänien, General v. Bülow wegen Brandstiftung und Erschießung von 100 Gefangenen, Baron von Lanken wegen Hinrichtung von Miß Cabell und Kaplän Freyatt, von Capelle wegen Verbrechens des Unterboothleues, Leutnant Werner, Major Valentinier und Kapitänleutnant Förstner wegen Versenkung von Hospitalschiffen, von Mantouffell wegen Niederbrennung von Löwen, Major von Bülow wegen Zerstörung von Ufshole und Hinrichtung von 160 Gefangenen.

**c Genf**, 8. Juli. Das „Echo de Paris“ will wissen, daß die Prozesse gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden würden. Paris würde dann, so sagt das Blatt, das Schauspiel erleben, etwa 60 deutsche Generale als Angeklagte zu sehen. Die ersten Prozesse gegen die Mitglieder des deutschen Generalstabes würden Ende September vorgehen.

kt Berlin, 5. Juli. Prinz Eitel Friedrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gerichtet:  
Sr. Majestät dem König von Groß-Britanien und Irland!

In Ausübung selbstverständlicher Sohnes- und Offizierspflicht stelle ich mich mit meinen vier jüngeren Brüdern Eurer Majestät an Stelle meines königlichen Herrn Vaters für den Fall seiner Auslieferung zur Verfügung, um ihm durch unser Opfer den entehrenden Gang zu ersparen.

**e Weimar, 7. Juli.** Von deutscher Seite wird der Friedensvertrag am Mittwoch Nachmittag in Versailles amtlich ratifiziert werden. Man rechnet also mit Sicherheit damit, daß die Nationalversammlung am Mittwoch Morgen ihre Zustimmung zur Ratifikation des Friedensvertrages gibt. Man hofft, daß diese Versammlung ohne jede große Debatte verlaufen werde und daß die Parteien sich mit der Abgabe kurzer Erklärungen begnügen werden. Von seiten der Deutschnationalen, die ebenso wie die übrige Rechte in scharfer Opposition gegen den Friedensvertrag verharrten, ist eine längere Rede angekündigt worden.

c Berlin, 7. Juli. Der Staatenauschuß hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

c Amsterdam, 7. Juli. Eine Durchsicht des Textes der Unterhausrede Vlord Georges ergibt, daß er erklärte, Südafrika werde ein integrierender Bestandteil der Südafrikanischen Union und Deutsch-Guinea zu Australien kommen.

c Rotterdam, 8. Juli. Wie die „Daily Mail“ behauptet, habe das Schiffsamt bereits Befehl gegeben, daß, sofern am Donnerstags die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland angezeigt werde, die Blockade gegen Deutschland am Samstag früh im vollen Umfange wieder aufgehoben werde. Lloyd's in London nimmt seit Freitag zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

c Versailles, 5. Juli. Die französische Kammer verhandelte gestern über eine Interpellation betr. die Demobilisierung. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisation erklärte:

„Die Regierung werde vom 9. Juli ab gerechnet die Demobilisation sämtlicher Reserveklassen vornehmen, so daß am 20. Oktober 1919 nur noch je eine Jahreshklasse aktiv sei, nämlich die Jahreshklasse 17, 18 und 19 im Dienst wären.“

c Zürich, 7. Juli. Der „Secolo“ meldet: Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen in Italien in der Gesamtzahl von 68 000 Mann beginnt am 25. Juli.

c Amsterdam, 6. Juli. Die „Nieuws van den Dag“ meldet aus Paris: die Sinesische Delegation wurde telegraphisch angewiesen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. China kann dann in den Völkerbund aufgenommen werden.

c Berlin, 8. Juli. Das von dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten vorbereitete Schulkompromiß für die Reichsverfassung hat bei den einzelstaatlichen Regierungen schärfsten Widerspruch gefunden. Infolgedessen waren neue Einigungsverhandlungen eingeleitet worden. Der Zentrumsabgeordnete Mäusbach und der sozialistische Abgeordnete Schulz, der neue Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, haben am Montag, dem Kompromiß eine neue Form gegeben. Danach soll die Begründung und Eröffnung von Privatschulen wesentlich eingeschränkt werden, sodaß es dem Alerus erschwert wird, überall Klosterschulen aufzunehmen. Dagegen ist in diesem Kompromiß nichts über die einzelnen Freistaaten verhängte Sperrgesetze geblieben. Hier handelt es sich nur um eine Aenderung mehr formaler Art, die an dem Grundgedanken nichts ändert. Danach werden, falls das Kompromiß geschlossen würde, die einzelnen Freistaaten nichts an dem gegenwärtigen Stande der konfessionellen Schule ändern dürfen. Der Religionsunterricht würde ordentliches Lehrfach und die konfessionelle Scheidung würde bestehen bleiben. Da ein Reichsschulgesetz, das diese Frage endgültig regeln soll, bei der Schwierigkeit der Materie noch viele Jahre auf sich warten lassen wird, so würde das Zentrum mit der Annahme dieses Kompromisses einen Sieg errungen haben.

Aber das Zentrum ist damit nicht zufrieden. Es erklärte, daß nun das preussische Kultusministerium die beiden Notverordnungen für Preußen über die geistige Schulaufsicht und die Zusammensetzung der Schulkommissionen aufheben müßte. Der preussische Kultusminister hat hiergegen den schärfsten Einspruch erhoben und erklärt, daß diese beiden Notverordnungen von der preussischen Regierung, in der auch das Zentrum sitze, einstimmig erlassen worden seien. Das Zentrum blieb aber fest. Es soll durchblicken lassen, daß es, falls seinem Wunsche nicht entsprochen würde, zur Bildung eines selbständigen rheinischen, oberhesseischen und sogar weisfällischen Bundesstaates schreiten würde. Die Lage in Preußen ist also aufs höchste zugepöht, umso mehr, als die Mehrheitslisten nicht gewillt sind, dem Druck des Zentrums nachzugeben.

**k Weimar**, 5. Juli. Wie verlautet, soll die Zettierung vom 1. August ab von 110 auf 150 Gramm pro Woche und Kopf erhöht werden. Gleichzeitig soll die bisherige Spedverteilung auf das ganze Reich ausgebeht werden, da genügende Mengen für das nächste Vierteljahr gesichert seien.

k Berlin, 6. Juli. In seiner Sitzung vom 28. Juni hat das Reichsministerium beschlossen, die rationierten Auslandslebensmittel für die nächsten drei Monate auf folgende Sätze (zu denen der linkssteuenausschlag der Gemeinde kommt) zu verbilligen und zwar je Kilogramm Mehl 1,30 Mark, Reis 3,50 Mk., Hülsenfrüchte 2 Mark, Fleisch 7,50 Mark, Speck 6,80 Mark, Speisefett 9 Mark, alte Kartoffeln 20 Pfennig, frische 30 Pfennig, kondensierte Milch, die jedoch voraussichtlich zunächst nicht ausgegeben wird, 1,50 die Büchse. Die Verbilligung soll schon am 7. Juli in Kraft treten. Die durch die verbilligte Abgabe entstehende Differenz soll zu gleichen Teilen von Reich, Freistaat und Kommunalverband (Gemeinde) getragen werden. Die Verbilligung

ung soll auch diejenigen Bestände umfassen, die die Kommunalverbände vor dem Inkrafttreten der verbilligten Abgabe bereits von den Reichsstellen gekauft, aber noch nicht ausgegeben haben. Die Preisdifferenz soll hier mit dem Reich und den Freistaaten ebenfalls so geteilt werden, daß eine Barabkaffung der Kommunalverbände vermieden wird.

**e Weimar, 4. Juli.** Die Nationalversammlung nahm heute bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurf bei dem Abschnitt „Reichstag“ das Wahlalter von 20 Jahren gegen die Stimmen der Rechten an. Der Antrag des Verfassungsausschusses, der die Dauer der Legislaturperiode auf 3 Jahre festlegte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 142 Stimmen abgelehnt. In der Minderheit stimmten die beiden sozialistischen Parteien und ein Teil der Demokraten. In gewöhnlicher Abstimmung wurde darauf von derselben Mehrheit die fünfjährige Legislaturperiode angenommen.

d Frankfurt, 8. Juli, abends 7,45 Uhr.  
In einer Massenversammlung wurde der sofortige Abbruch des Eisenbahnerstreiks beschlossen.

**Limburg, 5. Juli.** Zur sogenannten Streiklage der Eisenbahner in Limburg wird folgende Entschliessung einer allgemeinen Beamtenversammlung am 3. Juli, vormittags 11 Uhr, zur allgemeinen Kenntnis gebracht: In dieser einstündigen Versammlung der Eisenbahnbeamten aller Kategorien aus Limburg wurde nachdem von verschiedenen Beamten auf die Ursachen und die Wirkungen des Streiks in nachdenklichen Ausführungen hingewiesen war, einstimmig beschlossen, nicht in einen Streik einzutreten. Nach den von dem deutschen Eisenbahnbeamtenbund herausgegebenen Anweisungen soll nur im Falle höchster Not in einen Streik eingetreten werden, und auch dann nur, wenn vom genannten Bund die Anordnung zum Streiken ausgeht. Ein solcher Fall liege jedoch hier nicht vor. Es wurde ein Ausschuss von acht Beamten gebildet, der im Benehmen mit der Arbeiterkchaft die weiteren Schritte und Maßnahmen bei etwaigen Teilstreiks treffen soll. — Gutem Vernehmen nach besagt ein in Limburg umlaufendes, gut beglaubigtes Gerücht, daß das französische Oberkommando Diez dem deutschen Wägnitskommandanten folgendes mitgeteilt habe: Sollten durch einen in Limburg drohenden Eisenbahnerstreik die Zugverbindungen nach dem besetzten Gebiet leiden oder ganz in Frage gestellt werden, so werde sich das französische Oberkommando genötigt sehen, französische Truppen nach Limburg zu verschieben, um die Stadt Limburg und ihren Bahnhof zu besetzen und militärisch zu sichern. Gegen die Streiker würde alsdann nach dem im besetzten Gebiet üblichen Verfahren vorgegangen werden. — Aus dem Gefagten kann jeder Urteilsfähige entnehmen, in welche schwere Gefahr die aus Frankfurt zugereisten Putschagenten mit ihrer unverantwortlichen Wählerlei die ganze Stadt Limburg gebracht haben.

k Niederlahnstein, 4. Juli. Der „Präsident der Rheinischen Republik“, Dr. Dorten, Pfarrer Schilo aus Eltville, ein eifriger Förderer der Sache, und andre Persönlichkeiten waren hier anwesend und hielten Vespreschungen ab. Hier wird die Errichtung der Republik besonders von dem früheren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Justizrat Dr. Dahlem (Rtr.) betrieben.

c Coblenz, 4. Juli. In der Frage der rheinischen Republik fangen jetzt die Berichtigungen an. So erklärt Justizrat Dr. Dahlem in Niederlahnstein, der „Präsident“ Dr. Dorten habe ihn nicht ausgesucht, und er habe mit diesem noch kein Wort gesprochen. Bürgermeister Nody in Niederlahnstein erklärt, er habe sich den Landratsposten in Hösch von Dorten nicht verschreiben lassen. Es war behauptet worden, doch dieser ihm das Amt in Aussicht gestellt habe. — Der Lehrerausschuß des KreisSchulinspektionsbezirks Altenkirchen verheißt scharfen Einspruch gegen alle Bestrebungen, die darauf hingingen, die Rheinprovinz und andre Landestheile aus dem Staatsverbande herauszureißen.

k Coblenz, 3. Juli. Das evangelische Konsistorium und der Rheinische Provinzial-Synodal-Vorstand haben an das Staatsmini-

sterium und die preussischen Landesversammlungen folgende Erklärung gerichtet:

Wir erheben Einspruch gegen die offenen und geheimen Bestrebungen auf Losrennung der Rheinlande vom preussischen Staat und vernachlässigen uns nicht nur gegen dahingehende Versuche unverantwortlicher Persönlichkeiten, sondern auch gegen die Absicht, diese Loslösung durch die gesetzlich berufenen Stellen in die Wege zu leiten. Wir fühlen uns dazu berufen, weil wir pflichtmäßig die Interessen der evangelischen Kirche der Rheinlande zu wahren haben und fest überzeugt sind, daß sie den durch die Geschichte gegebenen festen Zusammenhang mit dem großen evangelischen Kirchentum Preussens nicht entbehren kann, wenn sie nicht in ihrem lebenskräftigen Bestande bedroht werden soll.

Die Superintendenten sind gebeten worden, eine gleiche Erklärung auf den Kreissynoden zu beschließen.

### Die neuen Umsatzsteuern.

c Berlin, 7. Juli. Wie nach den „Berl. Pol. Nachr.“ verlautet, ist in dem von dem Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die neue Umsatzsteuer eine Erhöhung des Steuerfußes von 0,5 Prozent auf 1 Prozent vorgesehen. Bei der Finanzlage des Reiches genügt aber die Verdoppelung noch nicht, vielmehr wird bei Übergang an den Kleinhandel mit noch wesentlich höheren Sätzen zu rechnen sein.

### Die neue Städteordnung.

c Berlin, 8. Juli. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß die neue Städteordnung fertiggestellt sei.

### Autonomie für die Provinz Schlesien?

k Berlin, 6. Juli. Das preussische Kabinett ist in Weimar eingetroffen. Es handelt sich, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, um Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine etwa vorzunehmende Verleihung der Autonomie an die Provinz Schlesien. Die Ansichten innerhalb des preussischen Kabinetts gehen über die Verleihung der Autonomie auseinander, und auch im Reichskabinett sind die Ansichten hierüber geteilt. Es wird abzuwarten sein, ob bei den Verhandlungen ein Ergebnis erzielt wird, wahrscheinlich ist das nicht.

### Der bolschewistische Erfolg in Nordwest-Rußland.

c Rotterdam, 5. Juli. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ haben die finnischen Freiwilligen unter dem Druck der Bolschewisten das gesamte Gebiet südlich Olonez geräumt. Die Engländer sind freiwillig auf die Мурманbahn zurückgegangen.

### Hoover gegen die Fleischbarone.

k Haag, 7. Juli. Aus New York wird gemeldet: Hoover hat das Präsidium des amerikanischen Getreideamts niedergelegt. Er hat den Abschied amtl. verlangt, setzte er sich mit Wilson in Verbindung um anzuzeigen, daß die großen Fünf in Chicago (d. i. die Fleischproduzenten) einen geheimen Traktat vereinbart hatten und dadurch in der Lage waren, nicht nur die Fleischpreise, sondern auch die andern Lebensmittel zu kontrollieren. Hoover hat energische Maßnahmen verlangt, die Wilson ihm versprochen hat.

### Von Nah und Fern.

— Nassau, 8. Juli. Das erste Obst an Baum und Strauch ist reif. Erdbeeren und Kirchen sind schon geerntet und nun kommen schon die Sauerkirchen, Johannis-, Stachel- und Himbeeren. Da haben wir mit einer Bitte für unsere Kranken.

#### unseren Kranken.

Es ist bei dem herrschenden Zuckermangel und bei den unerhöht hohen Preisen für Obst nicht jeder Familie möglich, so reichlich wie in früheren Jahren einzumachen. Wird dann jemand krank, dann fehlt es an den erwünschten Erfrischungen, wie sie Früchte und Saft bieten. Wie gut wäre es da, wenn für die Krankenschwestern solche Erfrischungen zum Mitnehmen zu den Kranken bereitstünden. Darum stellt der Vaterländische Frauenverein zum Einkochen und Einwecken von Früchten, Gelee und Saft die nötigen Gläser und den erforderlichen Zucker zur Verfügung. Alle, die in der Lage sind, in der angegebenen Weise für unsere Kranken zu sorgen, werden gebeten, Gläser und Zucker bei Frau Pfarrer Moser in Empfang zu nehmen.

**Berichtigung.** In dem Bericht der 1. Mannschaft des Sportvereins „Rassovia“ gegen den Sportverein „Fortuna“ Remmenau muß es heißen: Das Spiel endete mit 2:0 Toren zu Gunsten der „Rassovia“. Bei Halbzeit stand das Spiel 1:0.

\* Nassau, 9. Juli. Heute abend um 8 Uhr findet im Kursaal zu Bad Ems ein großes Künstler-Konzert statt, in welchem mitwirken: Professor Franz Mannstadt (Klavier), Professor Oskar Brückner (Violoncello), Violinvirtuose Selmar Victor (Violine) und Gertrud Wegersbach (1. Sopran), sämtlich vom Nassauischen Landestheater in Wiesbaden. Da genutzte Stunden in Aussicht stehen, ist der Besuch des Konzerts bestens zu empfehlen.

\* Nassau, 6. Juli. Fräulein Anna Kaaf wurde für 10jährige treue Dienste in einundderselben Familie vom Verbanke der Vaterländischen Frauenvereine im Bezirke Wiesba-

den ein Diplom überreicht mit den besten Wünschen für ihre Zukunft.

**Freie Einfuhr.** Wie der Handelskammer in Berlin mitgeteilt wird, können nunmehr in das von den Franzosen besetzte Gebiet alle für die Industrie notwendigen Rohstoffe ohne besondere Genehmigung eingeführt werden.

**28. Juni 14. — 28. Juni 19.** Ein merkwürdiger Zufall ist es wohl, daß am 28. Juni 1914 nachmittags 3 Uhr das österreichische Erzherzogpaar in Sarajewo ermordet und am selben Tage und zur selben Stunde in diesem Jahre der Friede unterzeichnet wurde.

c Diez, 5. Juli. Den Händlern David und Alfred Ullmann in Laufensfelden ist vom Viehhandelsverbande für den Regierungsbezirk Wiesbaden die Ausweiskarte wegen Unzuverlässigkeit auf unbestimmte Zeit entzogen worden. Sie sind daher zum gewerbsmäßigen Ankauf von Vieh nicht mehr berechtigt. Auch wer ihnen Vieh verkauft, macht sich strafbar.

d Oberlahnstein, 5. Juli. Hier hat sich eine Großeinkaufsgenossenschaft gebildet, der die meisten Kolonialwarenhandlungen und Delikatessengeschäfte beigetreten sind. Mehrere Besprechungen haben schon stattgefunden und ein aus vier Herren bestehender provisorischer Vorstand ist bereits gewählt, der die nötigen Vorarbeiten für die demnächst stattfindende Hauptversammlung in die Wege leiten soll. Das Stammkapital soll 20000 Mark betragen. Zweck des Unternehmens ist gemeinschaftlicher Großeinkauf bei ersten Firmen und an Hafenplätzen unter Ausnutzung der jeweiligen Konjunktur.

d Rahenelnbogen, 5. Juli. Unsere Kleinbahn streikt schon seit einem halben Jahre; seit Beginn der Befehle fahren keine Personenwagen mehr auf der Strecke Zollhaus-Rastätten. Nur fahren täglich Züge mit Kalkstein beladen von Hohenfels aus nach dem Rhein. Der Kreis hat zu den Grunderwerbskosten bedeutende Beträge gezahlt und unsere Gemeinde leistet fortlaufend einen hohen jährlichen Zuschuß. Es ist hohe Zeit, daß Schritte getan werden, um die Kleinbahn daran zu erinnern, daß sie auch gegen unsere Gegenden Pflichten zu erfüllen hat.

m Der Zuckermangel und Zuckerpreis. Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat in seiner gestrigen Sitzung der Erhöhung des Zuckerpreises um 1,50 M für den Zentner gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten zugestimmt. Es wurde in der Sitzung nochmals mitgeteilt, daß Einmachezucker in diesem Jahre nicht ausgegeben werden kann.

**Die Handwerkskammer Wiesbaden** schreibt uns: Ansiedelung von Handwerkern auf dem Lande betr. Infolge des Krieges sind auf dem Lande Stellen für selbständige Handwerker frei geworden. Unsere Feststellungen haben ergeben, daß es sich dabei handelt um Wagner, Schuhmacher, Schmiede, Schneider, Schlosser, Sattler, Spengler usw. Die freigeordneten Stellen befinden sich in den Kreisen Biedenkopf, Dill, Oberwesterwald, Unterwesterwald, Untertaunus, Obertaunus, Höchst, Limburg, Oberlahn, Rheingau, St. Goarshausen, Westerburg, Wingen, Wiesbaden Land und Unterlahn. Handwerker, welche geneigt sind, sich auf dem Lande anzusiedeln, wollen sich alsbald schriftlich hierher melden. Wir werden ihnen dann alles nähere mitteilen. Zum Teil stehen Wohnungen und Werkstätten zur Verfügung.

k Wiesbaden, 7. Juli. Anstelle des Oberregierungsrats Springorum hat Oberregierungsrat Pfeffer von Salomon die Regierungsgeschäfte übernommen.

k Amsterdam, 7. Juli. Nach einer Neuermeldung aus New York und Minnesota ist das Luftschiff „R 34“ gestern morgen 9 Uhr 5 Min. auf dem Flugplatz Raghelhorst eingetroffen.

### Bekanntmachung.

Im Belage der Kettenbrüche ist eine erhebliche Beschädigung eingetreten. Bei Benutzung der Brücke ist größte Vorsicht geboten; für mittlere und schwere Fuhrwerke wird die Benutzung der Brücke bis auf weiteres gänzlich untersagt.

Nassau, 9. Juli 1919.

Die Polizeiverwaltung:  
H. J. J. J.

Die gegen die Ehefrau Katharina Scheuermann von Hömberg ausgesprochene Beleidigung nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Johann Gerlach, Hömberg.

In vergangener Nacht ist aus meinem Hofe eine Spaltart entwendet worden. Da der Täter gesehen worden ist, wird um sofortige Rückgabe ersucht, andernfalls Anzeige erstattet wird.

Ludwig Meusch.

### Schöne Saugferkel

gibt ab Ludwig Busch, Obernhofstr.

### Fussbodenöl

staubfrei (kein Ersatz) liefert

sofort preiswert

Carl Sondermann, Brohl a. Rhein.  
Fabrik chem. techn. Produkte.

### Mädchen

von 16 Jahren sucht Stelle für leichte Hausarbeit. Näheres Geschäftsstelle.

J. Nr. II. 6227. Diez, den 30. Juni 1919.

### Betr.: Reichsreisebrotmarken.

Die Reichsreisebrotmarken hat die Gültigkeitsdauer der Reichsreisebrotmarken, die am 30. Juni d. Js. ablaufen sollte, bis einschließlich 27. Juli d. Js. verlängert. Ebenso ist die Frist des Umtausches der alten Marken in neue bis zu diesem Tage verlängert.

Dem Verbraucher dürfen bis zum 27. Juli d. Js. die bisherigen Marken in neue umgetauscht werden. Nach diesem Tage ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenabmeldebchein oder sonstigen Ausweis vorlegt, in dem er über den 27. Juli d. Js. mit Reisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotkarten zu seiner Brotversorgung versehen ist. In allen anderen Fällen sind die Antragsteller abzuweisen und es ist ihnen sogleich zu bedeuten, daß etwaige Eingaben an die Reichsreisebrotmarkenstelle zwecklos sind.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die Bevölkerung auf die getroffene Änderung hinzuweisen und bei der Ausgabe der neuen Marken nach den Bestimmungen zu verfahren.

Meine Kreisblattbekanntmachung vom 24. Juni d. Js. J. Nr. II. 5150, Kreisblatt Nr. 137, wird hiermit aufgehoben. Die in dieser Bekanntmachung angeordnete Bescheinigung ist nicht mehr auszustellen.

Die nach dem 27. Juli d. Js. noch im Besitze der Gemeinden befindlichen alten Reichsreisebrotmarken sind bis spätestens 5. August d. Js. hierher einzusenden. Der Bedarf an neuen Reichsreisebrotmarken ist rechtzeitig bei mir anzufordern.

Die Verordnung des Kreisausschusses vom 14. Dezember 1918 — Kreisblatt Nr. 302 — bleibt voll in Kraft.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.  
Ch. H. H. H.

1. 4482. Diez, den 3. Juli 1919.

### An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Die Erkrankungen an Pocken, insbesondere im Kreise Limburg, haben in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen. Es ist daher vor wie nach zur Vermeidung ihrer Weiterverbreitung dringend erforderlich, daß ihnen von den maßgebenden Stellen erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Von besonderer Wichtigkeit ist die rechtzeitige Erkennung der ersten Fälle, damit die in der Anweisung des Bundesrats zur Bekämpfung der Pocken vom 28. Januar 1904 und in den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 12. September 1904 vorgesehenen Maßnahmen gegen ihre Weiterverbreitung alsbald durchgeführt werden können.

Indem ich im übrigen noch auf die Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 12. April 1919, betr. die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Kreisblatt Nr. 99) hinweise, lasse ich nachstehend eine abgekürzte gemeinverständliche Belehrung über die Pockenkrankheit und ihre Verbreitungsweise folgen, für deren Weiterbekanntgabe ich das Erforderliche zu veranlassen ersuche.

#### Der Landrat.

J. B.

Scheuern.

### Gemeinverständliche Belehrung über die Pockenkrankheit und ihre Verbreitungsweise.

Die Pocken sind eine gefährliche Krankheit, welche sich nur durch Ansteckung fortpflanzt.

Die Uebertragung auf Gesunde kommt durch den Verkehr mit Kranken oder durch Zwischenträger zustande. Zwischenträger können Gegenstände aller Art, aber auch gesunde Personen sein, die mit den Kranken in Berührung gekommen sind. Auch durch die Luft kann eine Uebertragung stattfinden.

Die Erkrankung an Pocken beginnt mit Schüttelfrost und hohem Fieber, Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit, Kreuz- und Rückenschmerzen. Am vierten Krankheitstage kommt unter Fie-

bernachlaß der eigentliche Pockenausbruch zum Vorschein. Es bilden sich rote Knötchen zuerst im Gesicht, dann am Rumpfe. Aus den Knötchen entwickeln sich allmählich Bläschen.

Der Ansteckungsstoff ist hauptsächlich in dem Inhalte der Bläschen enthalten.

Jeder leichte Pockenfalle kann die Krankheit in ihrer schwersten Form auf andere übertragen.

Um eine Verschleppung der Seuche zu verhüten, ist jeder Verkehr von dem Kranken fernzuhalten. Es ist dringend anzuraten, den Kranken nicht zu Hause, sondern in einem Krankenhaus zu verpflegen. In jedem pockenverdächtigen Falle ist es dringend geraten, einen Arzt zuzuziehen.

Das beste Schutzmittel gegen die Erkrankung an Pocken ist die Schutzpockenimpfung. Die Gefahr zu erkranken ist um so geringer, je früher der durch die Impfung erworbene Schutz ist.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.  
Ch. H. H. H.

### Nachrichten des Wirtschafts-amtes der Stadt Nassau.

#### Fleisch.

Verkauf von Fleischfleisch und Fleischwurst am Freitag, den 11. Juli, vormittags von 7½—12 Uhr und nachmittags von 1—6 Uhr in den Metzgereien L. Neumann Wtvo., Chr. Schulz und Israel Lindheimer.

#### Speck

Ist in den Geschäften von J. W. Kuhn, Jor. Lindheimer, P. Hammerstein, Frh. Paulus und L. Gutth erhältlich. Preis 6 Mk. das Pfund.

#### Umtausch der Brotkarten.

Die neuen vom 14. Juli ab gültigen Brotkarten werden am Samstag, den 12. Juli, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—4 Uhr im Rathause ausgegeben.

#### Mehl.

In den Geschäften von J. W. Kuhn, Karl Pöbler und Kölner Konsum ist dunkles Weizenmehl markenfrei erhältlich. Preis 85 Pfg. pro Pfund.

#### Mehl.

Im Geschäfte der Wtvo. Strauß ist eine geringe Menge weißes Weizenmehl vorrätig. Ausgabe markenfrei an hiesige Einwohner. Preis 1,66 Mk. pro Pfund.

### Fleischverorgungsbezirk Bergnaau-Scheuern.

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche

#### Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:  
Von 9—10 Uhr Fleischkarten 1—100  
Von 10—11 Uhr Fleischkarten 101—200  
Von 11—12 Uhr Fleischkarten 201—Schluß

#### Freitag Nachmittag:

Von 3—4 Uhr Sulzbach.  
Von 4—5 Uhr Dieneithal und Miffelberg.  
Von 5—6 Uhr Oberwies, Schweighausen, Deggshofen und Beisig.

Bergn.-Scheuern, 9. Juli 1919.

Der Bürgermeister:  
Rau.

### Sämereien für späte Aussaat!

Winter-Endivien, breitblättrig und kraus  
Herbststruben, runde und lange,  
Blumenkohl, Weißkraut, Rotkraut,  
Wirsing, Winterrettig, Winterkopfsalat,  
Feldsalat, Spinat,  
alle Sorten echt und hochkeimend, empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

la. holl. Seringe, Stück Mk. 0.50

Olivenöl, feinste Qualität, Liter Mk. 16.00

la. Reis, Pfund Mk. 2.10

eingetroffen bei

**Adolf Harth, Kölner-Konsumgeschäft,**  
Nassau, Amtsstr. 4.